## EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

15.12.2005

## SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 116 der Geschäftsordnung von Dimitrios Papadimoulis, Feleknas Uca und Panagiotis Beglitis zur Aufhebung der Anklage gegen den türkischen Schriftsteller Orhan Pamuk

Fristablauf: 15.03.2006

DC\593876DE.doc PE 368.509v01-00

DE DE

## 0082/2005

## Schriftliche Erklärung zur Aufhebung der Anklage gegen den türkischen Schriftsteller Orhan Pamuk

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 116 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass das Parlament in seiner Entschließung P6\_TA (2005)0150 die Bedeutung der Meinungsfreiheit als einen der Eckpfeiler der Demokratie bekräftigt hat,
- B. in der Erwägung, dass die Verhandlungen mit der Türkei über die Vollmitgliedschaft in der EU offiziell am 3. Oktober 2005 aufgenommen worden sind,
- C. bestürzt darüber, dass der gefeierte türkische Schriftsteller Orhan Pamuk kürzlich der "öffentlichen Herabsetzung des Türkentums" angeklagt wurde und mit einer dreijährigen Haftstrafe rechnen muss,
- D. in der Erwägung, dass die Anklage auf ein von Orhan Pamuk gegebenes Interview zurückzuführen ist, in dem er behauptete, dass das Massaker an den Armeniern im Jahre 1915 und der anhaltende Krieg zwischen türkischen Sicherheitskräften und kurdischen Guerillas unleugbare Tatsachen sind, die aber in der Türkei immer noch als verbotenes Terrain betrachtet werden.
- 1. fordert die Mitgliedstaaten und seinen Präsidenten auf, an die türkischen Behörden zu appellieren, damit sie die Anklage gegen Orhan Pamuk aufheben und ähnliche Verfahren (z.B gegen Hrant Dink und Ragip Zarakolu) einstellen oder revidieren;
- 2. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, die uneingeschränkte Anwendung des neuen Strafgesetzes genau zu überwachen und zu verlangen, dass die türkischen Behörden die Artikel, die nach wie vor mit europäischen Menschenrechtsnormen unvereinbar sind, ändern;
- 3. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung mit den Namen der Unterzeichner dem Rat, der Kommission und den Mitgliedstaaten zu übermitteln.

